

35. Sitzung vom 6. Dezember 2012

Beginn der Sitzung:	17.00 Uhr
Vorsitz:	Meier Pius, Präsident
Protokoll:	Daniel Müller, Sekretär Arno Graf, Sekretär-Stv.
Stimmzähler:	Gullo-Serratore Angela Müller Philipp Wiederkehr Irene
Anwesend:	35 Mitglieder
Abwesend:	Mounoud Cécile
Behördenvertreter:	Müller Otto, Stadtpräsident Balbiani Jean-Pierre, Stadtrat Brunner Roger, Stadtrat Felber Johannes, Stadtrat Illi Heinz, Stadtrat Schaeren Rolf, Stadtrat Tonini Esther, Stadträtin
Weibeldienst:	Kpl Koch Marco

Der Gemeinderatspräsident erklärt, dass verschiedene Fraktionen eine Erklärung abgeben wollen. Dazu führt er aus, dass dafür 2 Minuten zur Verfügung stehen und es anschliessend keine Diskussion gibt.

Fraktionserklärung CVP

Josef Wiederkehr erklärt, dass die CVP besorgt ist um die Entwicklung der Schulraumplanung. Das Thema bewegt die Gemüter heftig. Nach dem klaren Verdikt bei der Abstimmung geht es nun um die Frage, wie es weiter geht, wer in der Pflicht ist. Die heftigen Diskussion über Alternativlösungen führen zu einer weiteren Verunsicherung in der Bevölkerung. Die Recherchen der Limmattaler Zeitung konnten teilweise zu Klärungen führen, es ist aber noch vieles unsicher: Wann braucht es wie viel Schulraum, ist ein Ausweichen auf andere Anlagen möglich, benötigt es einen Schulbus? Eine Stockwerkeigentumslösung scheint mehrheitsfähig zu sein, das Niderfeld eine Alternative. Die Parteien und die Bevölkerung erwarten Antworten. Der Stadtrat muss nun Verantwortung übernehmen und transparent aufzeigen, was abgeklärt wurde und was noch gemacht werden muss. Die CVP will das Problem lösen, die Kinder verdienen das. Wenn der Stadtrat nicht selber aktiv wird, muss der Gemeinderat das Heft in die Hand nehmen.

Fraktionserklärung SVP

Roger Bachmann erklärt, dass das Stimmvolk am 25. November 2012 dem Mietvertrag für Schulraum im Limmattfeld aus unterschiedlichsten Gründen eine Abfuhr erteilt hat, was zu akzeptieren ist. Unbestritten ist auch, dass der Stadtrat vor und nach der Abstimmung nicht ideal agiert und kommuniziert hat. Wenn nun aber in einem Leserbrief ein Stadtrat in übelster und kreditschädigender Art

35. Sitzung vom 6. Dezember 2012

und Weise der Lüge, arglistigen Täuschung und Unaufrichtigkeit bezichtigt wird, ist die Grenze überschritten, insbesondere deshalb, weil dies von einem Gemeinderatsmitglied stammt, das auch während der Gemeinderatsdebatten durch sein Verhalten regelmässig negativ aufgefallen ist. Die SVP steht für harte, aber sachliche und faire Auseinandersetzungen ohne persönliche Angriffe und hofft, dass die Fraktion des betreffenden Gemeinderates dem auch nachlebt. Mit solchen Aktionen wird eine konstruktive, parteiübergreifende Zusammenarbeit verunmöglicht; genau das ist aber in Anbetracht der bevorstehenden Herausforderungen dringend notwendig.

Fraktionserklärung SP

Rosmarie Joss erklärt, dass der letzte Abstimmungssonntag eine Ohrfeige für den Stadtrat war. Nun verlangen die Befürworter von den Gegnern der Vorlage, Verantwortung zu übernehmen. Dies ist aber die Aufgabe des Stadtrates. Die Befürworter müssen auch ihre Verantwortung übernehmen und nicht beleidigt wirken. Der Rückzug der Vorlage für eine neue Weihnachtsbeleuchtung zeigt aber genau das Gegenteil. Dies mit dem Nein zum Schulhaus zu begründen, ist lächerlich. Schulzinsen sind nicht teurer als Mietzinsen. Die finanzielle Situation der Stadt Dietikon ist nicht schlechter als vor der Abstimmung. Der Stadtrat soll seinen Job machen, ein gutes Schulhausprojekt vorlegen und nicht ein zukunftsweisendes Projekt wie die Kirchhalde abwürgen. Dagegen wird sich die SP zur Wehr setzen.

Fraktionserklärung FDP

Martin Romer fragt, seit wann sozialdemokratische Werte es zulassen, dass politische Gegner beleidigt und zum Gespött gemacht werden, es nicht mehr reicht, eine Abstimmung zu gewinnen. Offenbar ist eine Seilschaft mit dem Chefredaktor der Limmattaler Zeitung im Gange, welche Ehrverletzungen fördert. Dass dabei die berufliche Integrität des Treuhänders Balbiani geschädigt wird, scheint nicht zu stören. Bei dieser Art der politischen Abrechnung müssten wohl viele Exekutivpolitiker schweizweit zum Rücktritt aufgefordert werden, haben doch die Meisten eine Abstimmung verloren. Es sollten vielmehr die Kräfte dazu eingesetzt werden, die vielschichtigen Herausforderungen Dietikons ernsthaft zu lösen. Es ist kein Platz für bedenklich ausufernde Schlammschlachten. Die FDP-Fraktion missbilligt diesen Polit- und Pressestil und lehnt diese aufs Schärfste ab.

Fraktionserklärung EVP

Thomas Wirth erklärt, dass die Mitteilung des Stadtrates, dass die Ablehnung der Schulhausvorlage auch Auswirkungen auf den Investitionsplan hat und deshalb die Vorlage Weihnachtsbeleuchtung zurückgestellt wird, erstaunt. Es ist klar, dass die Ausgaben angeschaut werden müssen, es kommt aber wie eine Trotzreaktion des Stadtrates daher. Die EVP wünscht sich mehr Weitblick und nicht solche Schnellschüsse, um die Nerven zu beruhigen.

Erklärung des Stadtrates

Stadtpräsident Otto Müller erklärt, dass sich der Stadtrat im Nachgang zur Abstimmung mit harscher Kritik konfrontiert sieht. Dagegen ist nichts einzuwenden. Die Vorwürfe zu Falschinformationen und Unwahrheiten weist er aber in aller Deutlichkeit zurück. Der Auftrag an den Stadtrat ist klar, eine Eigentumslösung zu finden. Der Stadtrat empfahl nach sorgfältiger Abwägung eine Mietlösung. In Gesprächen mit der Entwicklerfirma stand auch Stockwerkeigentum zur Diskussion, wobei man gemeinsam zum Schluss kam, dass die Mietlösung die bessere Option ist. Der Stadtrat forderte deshalb auch keine Eigentumslösung. Der Stadtrat hätte nach der Abstimmung sicher besser kommunizieren können. Es ist aber eine Tatsache, dass die Mitglieder des Stadtrates sorgfältig, fundiert und gewissenhaft eine Lösung erarbeitet haben. Der Stadtrat distanziert sich in aller Deutlichkeit vom Vorwurf der Falschinformation und einer Politikultur von Anschuldigungen und Unterstellungen. Der Auftrag der Dietiker Stimmbevölkerung ist eindeutig; es ist nun eine Eigentumslösung zu finden. Es wurde eine Arbeitsgruppe aus mehreren Ressortvorständen und Fachpersonen der Verwaltung gebildet, die nun verschiedene Optionen prüft. Zudem wird der Stadtrat den Gemeinderat regelmässig über den aktuellen Stand informieren und ihm eine Lösung unterbreiten.

35. Sitzung vom 6. Dezember 2012

Mitteilungen

- a) Thomas Wirth hat am 7. November 2012 eine Kleine Anfrage betreffend Aktive Kommunikation betreffend Stand des Projektes Limmattalbahn eingereicht.
- b) Die Kleine Anfrage von Max Wiederkehr betreffend Bussen bei Litteringvergehen wurde vom Stadtrat am 12. November 2012 beantwortet.
- c) Der Bezirksrat hat mit mit Beschluss vom 8. August bzw. 24. Oktober 2012 René Stucki bzw. Ueli Bayer per 31. Dezember 2012 aus dem Gemeinderat Dietikon entlassen. Der Stadtrat hat am 12. November 2012 als Nachfolger von Ueli Bayer Raphael Müller als gewählt erklärt. Beide zurücktretenden Gemeinderäte werden in der Sitzung im Februar 2013 offiziell verabschiedet.
- d) Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 7. Februar 2013 statt.

Protokoll

Zum Protokoll der Sitzung vom 1. November 2012 wurden keine Berichtigungsanträge eingereicht.

Traktandenliste

Traktandum 4 wurde vom Stadtrat zurückgezogen und wird deshalb von der Traktandenliste gestrichen.

Es werden keine weiteren Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

A1./A. Behörden, Gremien

Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

Lucas Neff, Präsident der Interfraktionellen Konferenz, schlägt als neues Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 anstelle des zurückgetretenen Luzius Gamma vor:

Olivia Boccali, am Grendel 4, 8953 Dietikon

Nachdem keine weiteren Wahlvorschläge eingehen, erklärt der Vorsitzende die Vorgeschlagene als gewählt.

F3.08.6. Voranschläge, Budgets

Voranschlag 2013

Abschied, Zusicherung Übergangsausgleich

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 17. September 2012 für den Voranschlag 2013 einen Aufwandüberschuss (ohne Übergangsausgleich) in der Höhe von Fr. 8'583'200.00 genehmigt. Anlässlich der Verhandlung mit dem Gemeindeamt des Kantons Zürich wurden verschiedene Anpassungen vorge-

35. Sitzung vom 6. Dezember 2012

nommen. Zudem hat das Gemeindeamt die Erwartung geäussert, dass im Personalaufwand Fr. 500'000.00 eingespart werden. Anlässlich der Beratung während der Klausur vom 6. November 2012 hat der Stadtrat in den folgenden Bereichen den Personalaufwand reduziert:

Gliederung	Amt	Stelle	Lohn Fr.	Sozialleistungen Fr.
11320	Zivilstandsamt	Sachbearbeiterin	30'000	3'000
11610	Planungsamt	Assistenz	30'000	3'000
12010	Bauverwaltung	Projektleiter (Schule)	15'000	1'500
14810	AGZ	div.	50'000	5'000
15110	Stadtpolizei	Polizist	50'000	5'000
16010	Sozialberatung	Beratungsstelle "jetzt"	40'000	4'000
16050	Reg. Amtsvormundschaft	Buchhaltung	30'000	3'000
16050	Reg. Amtsvormundschaft	Sekretariat	15'000	1'500
16050	Reg. Amtsvormundschaft	Berufsbeistandschaft	20'000	2'000
16050	Reg. Amtsvormundschaft	Sekretariat	5'000	500
190	Schulabteilung	div.	<u>100'000</u>	<u>10'000</u>
<i>Total</i>			<i>385'000</i>	<i>38'500</i>

Inklusive der Sozialleistungen konnte somit der Personalaufwand um Fr. 423'500.00 reduziert werden.

Das Gemeindeamt des Kantons Zürich hat die durch den Stadtrat vorgenommene Kürzung akzeptiert und bestätigt die Übernahme eines Übergangsausgleiches im Umfang von Fr. 8'785'300.00. Der Voranschlag 2013 weist somit einen Aufwandüberschuss in der Höhe von Fr. 452'900.00 aus. Dieser Aufwandüberschuss setzt sich wie folgt zusammen:

Abschreibung überbewertetes Grundeigentum (Krone)	Fr.	476'000.00
Überschuss Betrieb Krone	Fr.	-27'100.00
Skilift	Fr.	<u>4'000.00</u>
<i>Total</i>	<i>Fr.</i>	<i>452'900.00</i>

Der Voranschlag 2013 zeigt somit folgende Resultate:

A. *Laufende Rechnung*

Aufwand	Fr.	210'342'900.00
Ertrag ohne ordentliche Gemeindesteuern	Fr.	<u>154'389'800.00</u>
<i>Aufwandüberschuss</i>	<i>Fr.</i>	<i>55'953'100.00</i>

B. *Investitionen Verwaltungsvermögen*

Ausgaben	Fr.	22'536'000.00
Einnahmen	Fr.	<u>2'375'000.00</u>
<i>Nettoinvestitionen</i>	<i>Fr.</i>	<i>20'161'000.00</i>

C. *Investitionen Finanzvermögen*

Ausgaben	Fr.	1'208'000.00
Einnahmen	Fr.	<u>0.00</u>
<i>Nettoveränderung</i>	<i>Fr.</i>	<i>1'208'000.00</i>

35. Sitzung vom 6. Dezember 2012

D. *Steuerfuss*

Einfacher Gemeindesteuerertrag, netto	Fr. <u>45'492'000.00</u>
Aufwandüberschuss Laufende Rechnung	Fr. 55'953'100.00
Steuerertrag bei einem Steuerfuss von 122 %	Fr. <u>55'500'200.00</u>
<i>Aufwandüberschuss</i>	Fr. 452'900.00

Referent RPK: Roger Bachmann

Roger Bachmann (SVP) erklärt, dass die Prüfung des Voranschlags erneut unter erschwerten Bedingungen stattgefunden hat. Aufgrund der Verhandlungen mit dem Gemeindeamt lag das definitive Budget offiziell erst am letzten Sitzungstermin der RPK vor. Aus diesem Grund konnte die RPK auch keinen Einblick in die Finanzplanung nehmen. Auch wenn die Finanzplanung ein strategisches Führungsinstrument der Regierung ist, stellt sie doch ein wichtiges Hilfsmittel bei der Prüfung des Budgets dar. Aus diesem Grund ist zu prüfen, ob Sitzungskalender von RPK und Gemeinderat verschoben werden sollten, damit die definitiven Budgetzahlen und der Finanzplan der RPK bei Beginn der Beratung vorliegen. Bedanken möchte er sich beim Finanzvorstand und dem Leiter der Finanzabteilung für die kompetente Unterstützung.

An der ersten Sitzung hat die RPK den Neu- bzw. Umbau des Altersheims Ruggacker besichtigen können. Die Bauphase war sowohl für das Personal wie die Bewohnerinnen und Bewohner eine grosse Herausforderung. Seit Ende August läuft der Betrieb, und offenbar sind alle damit zufrieden.

Drei Punkte prägen das Budget. Wie schon in früheren Jahren stiegen die Kosten bei den beiden Sorgenkindern Sozialbereich und Schule. Dazu muss bei den Steuererträgen mit Mindereinnahmen gerechnet werden. Trotz eines Ressourcenausgleichs von 33.7 Mio. Franken und einem Übergangsausgleich von 8.7 Mio. Franken bleibt ein Aufwandüberschuss von knapp ½ Mio. Franken übrig. Dabei handelt es sich um die Abschreibungen und das Betriebsergebnis der Krone und den Betrieb des Skiliftes, die nicht durch Gelder aus dem Finanzausgleich gedeckt werden.

Die erste Fassung des Budgets rechnet noch mit einem Aufwandüberschuss von rund 1 Mio. Franken. In der Folge wurden beim Personalaufwand Korrekturen angebracht. Vonseiten Stadtrat wurde mehrfach gesagt, dass die Gespräche mit dem Gemeindeamt konstruktiv verlaufen sind und beim Kanton das Verständnis für die spezielle Situation von Dietikon aufgrund der Bevölkerungsstruktur gewachsen ist.

Im Grundsatz präsentiert sich das Budget ähnlich wie in den Vorjahren. In der Präsidual-, der Hochbau-, der Infrastruktur-, der Sicherheits- und Gesundheits- sowie der Finanzabteilung sind keine massiven Änderungen zu verzeichnen. Die Sozialabteilung hingegen budgetiert eine Steigerung des Aufwandüberschusses von 2.8 Mio. Franken, die Schule sogar 3.9 Mio. Bei der Sozialabteilung macht sich verzögert die Revision der Arbeitslosenversicherung bemerkbar. Sie ist bemüht, jeden einzelnen Fall akribisch zu prüfen und allfällige Missbräuche zu bekämpfen. Im laufenden Jahr sind 5 Fälle mit einer Deliktsumme von knapp Fr. 400'000.00 erledigt worden. Themen wie Zentralisierung, Professionalisierung und Delegation führen zu weiteren Mehrkosten. Das sieht man bei der KESB, wo künftig Juristen statt Verwaltungsfachleute und Milizbehörde eingesetzt werden, was zu entsprechenden Mehrkosten führt. Zudem stiehlt sich der Kanton immer mehr aus der Verantwortung, was sich beim Rückgang von Subventionszahlungen bemerkbar macht.

Der grosse Anstieg des Personalaufwandes bei der Schulabteilung ist zu einem grossen Teil darauf zurückzuführen, dass die Gemeinden ab dem kommenden Jahr die Lehrerlöhne zu 80 % finanzieren müssen, was in Dietikon alleine 2.5 Mio. Franken ausmacht. Weiter verursacht die Einführung der Schulsozialarbeit Kosten von jährlich 400'000 Franken und im Bereich der Sonderschulung ist eine Kostensteigerung von 2.1 Mio. Franken zu verzeichnen, was zu einem erschreckenden Aufwandüberschuss von 6 Mio. Franken führt.

35. Sitzung vom 6. Dezember 2012

Vor diesem Hintergrund erscheint es als richtig, dass der Stadtrat den Kontakt zum Justizdirektor sucht und politisches Lobbying betreibt, um auf offensichtliche Fehler im bestehenden Finanzausgleich hinzuweisen, die Sozialausgaben einer externen Analyse unterzieht und versucht, Einfluss auf die Besitzer von Liegenschaften zu nehmen, die über einen hohen Anteil von Mieter mit Unterstützungsleistungen verfügen.

Die RPK ist mehrheitlich zur Überzeugung gelangt, dass dem vorliegenden Budget zugestimmt werden soll, und empfiehlt dem Gemeinderat darum die Annahme des Voranschlags 2013 bei einem gleich bleibenden Steuereffuss von 122 %.

Diskussion:

Roger Bachmann (SVP) erklärt, dass die SVP dem Voranschlag mehrheitlich zustimmen wird. Kürzungsanträge würden lediglich dazu führen, dass der Kanton den Übergangsausgleich im gleichen Umfang reduziert. Der Aufwandüberschuss setzt sich aus der Krone und dem Skilift zusammen. Zur Krone hat das Stimmvolk ja gesagt, was zu akzeptieren ist und der Skilift soll sicher nicht gestrichen werden, da es um eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung für Kinder und Jugendliche geht und es nur marginale Kosten betrifft. Die grundlegenden Probleme betreffen die Bevölkerungsstruktur. Die vom Stadtrat ergriffenen Massnahmen sind begrüssenswert. Das Problem beim aktuellen Finanzausgleich ist, dass der Ausländeranteil nicht berücksichtigt wird, obwohl dieser massgeblich für die hohen Ausgaben für Bildung und Soziales verantwortlich ist. Zudem trägt Dietikon überregionale Zentrumslasten, während kleinere Gemeinden davon profitieren und teils beträchtliche Steuereffussenkungen wahrnehmen können.

Es ist deshalb dringend nötig, dass der Stadtrat, auch mit dem Postulat von Rosmarie Joss im Rücken, aktiv wird. Es ist aber davon auszugehen, dass die Änderung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen schwierig sein wird, weshalb es auch einen funktionierenden Plan B braucht. Aus diesem Grund wird die SVP auch den Vorstoss von Martin Romer unterstützen. Sämtliche Ausgaben müssen genau geprüft werden. Die SVP erwartet einen totalen Personalstopp, verbunden mit der Überprüfung und Optimierung von Prozessabläufen. Bei den Investitionen gilt es alternative Finanzierungsmethoden zu prüfen und sich auch grundsätzlich zu überlegen, ob es diese Investition wirklich braucht. Dass der Stadtrat nach der Abstimmung vorläufig sämtliche Investitionsvorhaben gestoppt hat, ist richtig. Gerade die Ersatzbeschaffung Weihnachtsbeleuchtung zeigt, dass es durchaus günstigere Varianten und alternative Finanzierungsmöglichkeiten gibt.

Auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden sich in Zukunft vermehrt die Frage stellen müssen, ob man die Konsequenzen tragen will, was eine Steuerfusserhöhung bedeuten kann. Die SVP wird darum kämpfen, dass der Steuereffuss zumindest gehalten werden kann, und wird dem Voranschlag mehrheitlich zustimmen. Falls aber die Finanzplanung 2013-2017 weiterhin von steigenden Steuerfüssen ausgehen sollte, kann man schon jetzt davon ausgehen, dass die SVP-Fraktion das Budget im nächsten Jahr mit ganz grosser Wahrscheinlichkeit geschlossen ablehnen wird.

Martin Romer (FDP) erklärt, dass der Spielraum für das Parlament kleiner geworden ist, seitdem das Gemeindeamt in der Finanzabteilung Einzug gehalten hat. Mit dem kantonalen Finanzausgleich würden alle Bestrebungen, das Budget durch Kürzungen verbessern zu wollen, dadurch verdankt, dass der Kanton weniger an Ausgleich bezahlen würde. Es steht ein harter Weg bevor, und es muss ein schneller Weg werden bis 2017. Die Abhängigkeit von den kantonalen Finanzen soll auf das absolut Notwendige reduziert werden. Besser wäre die komplette Unabhängigkeit, was aber vermutlich nicht möglich sein wird. Er dankt dem Finanzvorstand und dem Leiter Finanzabteilung für die versierte Begleitung sowie den Arbeitseinsatz. Die FDP-Fraktion stimmt dem Budget zu.

Ottilie Dal Canton (CVP) erklärt, dass es im Bereich Sicherheit und Gesundheit kaum Veränderungen zum Vorjahr gegeben hat. Im baulichen Unterhalt der öffentlichen WC-Anlagen sind Fr. 51'000.00 im Zusammenhang mit Vandalenakten vorgesehen. Grosse Mehrkosten gibt es im Sozialbereich und bei der Schule. Die 4 Mio. Franken bei der Schule sind zu einem grossen Teil dem Kanton zu verdanken, da die Lehrerlöhne neu zu 80 % von den Gemeinden zu tragen sind. Auffal-

35. Sitzung vom 6. Dezember 2012

lend ist zudem die Zunahme der Kosten für Sonderschulungen von 2.1 Mio. Franken. Die CVP möchte dem Stadtrat ans Herz legen, dem Kostenbewusstsein und der Weitsicht grosse Beachtung zu schenken und diesen Weg konsequent zu verfolgen. Die CVP wird dem Voranschlag geschlossen zustimmen.

Lucas Neff (Grüne) dankt dem Finanzvorstand und der Verwaltung für die sorgfältige Erstellung des Budgets. Die Grünen möchte zwar grundsätzlich eine zustimmende Haltung zum Budget zeigen, gleichzeitig aber ein klares Zeichen setzen, dass sie mit Vielem nicht einverstanden sind und aus diesem Grund zweimal Ja und einmal Nein stimmen. In den vergangenen Jahren hat sich deutlich gezeigt, dass die soziale Wohlfahrt und die Schule Hauptursache für die finanziellen Schwierigkeiten sind, wobei insbesondere in der Schule Vieles aufgrund kantonaler Bestimmungen kaum beeinflussbar ist. Allein bei der Schule ist der Negativsaldo in den letzten zwei Jahren um insgesamt 8 Mio. Franken angewachsen. Er hat das ungute Gefühl, dass der Stadtrat zu wenig macht, um die Situation zu verbessern. Es scheint, dass er auf Vorstösse von Gemeinderäten wartet, wie etwas das Postulat von Rosmarie Joss für eine Interessenvereinigung mit anderen Städten oder der aktuelle Vorstoss von Martin Romer. Es ist keine Führung seitens des Stadtrates erkennbar. Dazu passt der kommentarlose Versand der Finanzplanung, wo aufgezeigt wird, dass innerhalb von 6 Jahren mit einem Anstieg des Steuerfusses auf 130 % gerechnet wird – bisher wurde immer mit konstant 122 % gerechnet. Zur Verbesserung des Budgets der Stadt Dietikon müssen in erster Linie Ansatzpunkte beim Kanton gefunden werden.

Christian Ilg-Lutz (EVP) erklärt, dass die EVP dem Voranschlag zustimmen wird. Sie hofft, dass die Behörden auf allen Ebenen gute Lösungen finden werden. Sie ist zuversichtlich, dass die richtigen Entscheidungen getroffen werden, um das Nötige vom Wünschenswerten zu unterscheiden, damit Dietikon weiterhin ein Standort mit Lebensqualität ist. Angst ist jedoch bekanntlich ein schlechter Ratgeber.

Anton Kiwic (SP) verweist auf die Stadt Zug, wo es trotz tiefem Steuerfuss keine ruhigen Budgetdebatten gibt. Die SP wird dem Budget 2013 zustimmen. Trotzdem ist es nicht zufriedenstellend, weil auf Kosten der Angestellten versucht wird, das Budget in den Griff zu bekommen. Es wird zu wenig Lohn gezahlt, Einstellungen werden verschoben etc. Die Sozialabteilung oder den Bereich Sonderpädagogik wieder einmal genau zu untersuchen oder den Ersatz der Weihnachtsbeleuchtung zu verschieben kann auch keine Lösung sein. Seit dem letzten Jahr hat der Stadtrat keine Fortschritte gemacht, ausser, dass er eine Arbeitsgruppe Haushalt ins Leben gerufen hat. Diese besteht aus den gleichen Personen, die für das Budget verantwortlich sind: Es wird also kaum viel bringen. Der Stadtrat weiss seit 5 Jahren, dass alles anders wird wegen des Neuen Finanzausgleichs, er macht aber nichts, um etwas Licht ins Dunkel zu bringen. Es bringt nichts, einfach abzuwarten, man muss auch aktiv etwas machen. Der einzig positive Aspekt ist, dass das spezifische Dietiker Problem beim Kanton vorgebracht werden soll.

Ernst Joss (AL) erklärt, dass der NFA schlecht ist für Dietikon. Er fragt sich, warum man nicht schon vor der Einführung lobbyiert hat. Man sagte immer, dass es etwa gleich herauskommt wie bisher. Der Stadtrat hat es nicht vorher gemerkt, jetzt ist es sehr spät. In Rüslikon gibt es 125 Mio. mehr Steuereinnahmen wegen Glencore, das im Rohstoffgeschäft durch masslose Ausbeutung in Entwicklungsländern den Ärmsten Geld wegnimmt. Wenn diese dann ausreisen, gelten sie als Wirtschaftsflüchtlinge und sollen schnellstmöglich zurückgeschafft werden. Diese Steuern müssten eigentlich der Entwicklungshilfe zugutekommen. Dazu wird er den Antrag stellen, dass 1 % der dank dem Fall Rüslikon der Stadt Dietikon zugutekommenden Steuereinnahmen der Entwicklungshilfe zugutekommt.

Finanzvorstand Rolf Schaeren bedankt sich für die Rückmeldungen. Er verspricht, dass der RPK nächstes Jahr die definitiven Zahlen und der Finanzplan rechtzeitig zur Verfügung stehen wird. Der Stadtrat hat nicht gar nichts gemacht. Die Arbeitsgruppe wurde sehr früh eingesetzt, mehrere Wege werden verfolgt. Beim Erstellen des Budgets konnte noch nicht abgeschätzt werden, wie der neue

35. Sitzung vom 6. Dezember 2012

Finanzplan aussehen wird. Anfangs 2012 hoffte man noch, ohne Übergangsausgleich auszukommen, da ein deutlich höherer Ressourcenausgleich zu verzeichnen war. Weitere Einflüsse verunmöglichten dies aber. Der aktuelle Finanzplan ist ziemlich realistisch. Er dankt für die mehrheitliche Zustimmung zum Voranschlag 2013 und wird rechtzeitig zusammen mit dem Parlament diskutieren, wie es 2013 weitergehen soll.

Detailberatung:

Antrag von Ernst Joss (AL)

Seite 25, Konto Entwicklungshilfe: zusätzlicher Betrag in der Höhe von Fr. 100'000.00

Rochus Burtscher (SVP) erklärt, dass man dankbar sein kann, dass die Steuern nicht erhöht werden müssen. Es ist schade, dass Dietikon nicht solche guten Steuerzahler anziehen kann. Dieser Antrag ist reine Neidpolitik, vielmehr sollte man über die 2.5 Mia. Franken für die BVK diskutieren.

Thomas Wirth (EVP) erklärt, dass man wenn schon auf das gesamte Geld von Glencore verzichten sollte. Zudem ist nicht klar, wofür das Geld verwendet werden sollte. Dieser Antrag ist sehr kurzfristig und er ist nicht begeistert davon.

Ernst Joss (AL) bestätigt, dass sein Antrag spät kommt, aber der Gemeinderat kann auch flexibel und entscheidungsfreudig sein. Bei der BVK werden die 2 Mia. Franken nur zurückgegeben, die man früher genommen hat. Der Deckungsgrad war ursprünglich sehr hoch. Beim Geld für die Entwicklungshilfe wäre es am Stadtrat, für eine sinnvolle Verwendung zu sorgen.

Abstimmung:

Der Antrag von Ernst Joss wird mit 22 Nein zu 12 Ja abgelehnt.

Schlussabstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst mit 27:6 Stimmen:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2013 wird genehmigt.
2. Für das Jahr 2013 wird eine Steuer von 122 % der einfachen Staatssteuer bezogen.

D1.43.3. Software für PC

Kostengünstigere Software in der Stadtverwaltung

Beantwortung Interpellation

Ernst Joss, Mitglied des Gemeinderates, und 5 Mitunterzeichnende haben am 1. März 2012 folgende Interpellation eingereicht:

"In der Stadtverwaltung wird auf den PCs das Betriebssystem Windows eingesetzt. Als Officepaket benutzt man Microsoft Office, die somit ein ohnehin fragwürdiges beinahe Monopol besitzt. Für diese Software werden grosse Summen ausgegeben, dies, obwohl die Software in verschiedener Hinsicht nicht befriedigt. Als Beispiel können offenbar nicht alle Mitarbeiter Dokumente des Formats docx le-

35. Sitzung vom 6. Dezember 2012

sen. Mit einem unentgeltlichen Programm wie OpenOffice ist dies problemlos möglich. Auch konnte man mir eine Präsentation des Stadtplaners nur als sehr grosse nicht per Mail zu übermittelnde Datei zustellen. Mit den unentgeltlichen Programmen schaffte ich es, die Präsentation auf eine kleine pdf-Datei zu reduzieren.

Das Problem kann in den Umstieg aus Officepaketen wie OpenOffice oder LibreOffice und den Wechsel des Betriebssystems aufgeteilt werden. Ein Umstieg auf andere Officepakete ist auch bei Beibehaltung von Windows als Betriebssystem möglich.

Was den Wechsel des Officepaketes anbelangt, war die Antwort im Rahmen der Budgetdebatte nicht befriedigend. Es ist nur schwer vorstellbar, dass z. B. Microsoft Office für die Zusammenarbeit mit dem Rechenzentrum in St. Gallen nötig ist. Es ist fragwürdig, wenn das Rechenzentrum in St. Gallen zur Abhängigkeit von einem einzigen Softwarelieferanten führt.

Der Umstieg benötigt kaum eine grössere Personalschulung als der Umstieg auf eine neue Microsoft Office Version.

Hierzu bitte ich den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Welche Anpassungen wären nötig, um die Kommunikation mit dem Rechenzentrum in St. Gallen offener zu gestalten?*
- 2. Welche Programme sind für die Zusammenarbeit mit dem Rechenzentrum nötig?*
- 3. Wäre auch ein teilweiser Umstieg, z.B. im Officebereich, möglich? Was wären die Konsequenzen resp. Einsparungen?*
- 4. Welche Einsparungen wären mit einer Verwendung eines anderen Betriebssystems und entsprechenden Programmen möglich?*
- 5. Welche Punkte müssen beachtet werden, damit ein solcher Umstieg möglich wird?*

Mitunterzeichnende:

Rosmarie Joss
Peter Wettler

Catherine Peer

Angela Gullo

Anton Kiwic

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1

Der Entscheid, die Produkte des Verwaltungsrechenzentrums St. Gallen (VRSG) zu beschaffen, wurde am 7. Juli 1997 durch den Stadtrat gefällt. Dies hat zur Folge, dass die Stadt Dietikon von den Innovationsmöglichkeiten des VRSG, die bestehenden Produkte zu optimieren oder neue anzuschaffen, teilweise abhängig ist. Die Stadt Dietikon hat dafür die Möglichkeit, auf Probleme aufmerksam zu machen und bei der VRSG eine Verbesserung einzufordern; diese Zusammenarbeit funktioniert sehr gut. Eine weitere Möglichkeit des Erfahrungsaustausches besteht bei diversen durch die VRSG organisierten Veranstaltungen, die von den Mitarbeitenden der Informatik und der übrigen Stadtverwaltung besucht werden, und dem jährlichen direkten Treffen mit Vertreter und Vertreterinnen der VRSG und der Stadt Dietikon. Die Kommunikation ist konstruktiv und gewinnbringend für beide Seiten.

Die Datenkommunikation erfolgt zwingend via LeuNet. Dies ist ein geschütztes dediziertes Netzwerk, das vom Kanton Zürich betrieben und gewartet wird. In diesem Bereich hat die Stadtverwaltung keinerlei Einfluss.

35. Sitzung vom 6. Dezember 2012

Zu Frage 2

Die Nutzung der VRSG-Infrastruktur setzt folgende Softwarekomponenten zwingend voraus:

- Betriebssysteme (32-Bit) Microsoft Windows XP / Vista / 7
- Betriebssysteme (64-Bit) Microsoft Windows Vista / 7
- Microsoft.Net 3.5 Framework SP1
- Microsoft Office 2003 oder höher
- Browser Internet Explorer 6.0 / 7.0 / 8.0

Zu Frage 3

In der Stadtverwaltung arbeiten 94 % aller Benutzer und Benutzerinnen mit insgesamt 33 verschiedenen Programmen der VRSG. Dies bedingt die Nutzung der in Antwort 2 aufgeführten Produkte. Ein teilweiser Umstieg auf ein nicht Microsoft Office Produkt würde somit maximal 6 % (konkret 15 Benutzer und Benutzerinnen) betreffen. Für diese sowie auch bei Neuanstellungen müsste extra eine Schulung durchgeführt werden. Weiter müsste ein neues Korrespondenzvorlagenprogramm evaluiert und angeschafft werden. Da in den Softwarepaketen "OpenOffice" und "LibreOffice" ein Mailprogramm fehlt, müsste ein solches ebenfalls evaluiert und angeschafft werden. Um alle Funktionen des eingesetzten Exchange-Servers zu nutzen, ist die Software Microsoft Outlook zwingend nötig. Mit dem Einsatz einer Alternative zu Microsoft Outlook würden die Lizenzkosten für den Zugriff auf den Exchange-Server (Exchange CAL) nicht wegfallen. Zudem sind die sicherheitsrelevanten und administrativen Einstellungsmöglichkeiten der Software zu beachten. "OpenOffice" und "LibreOffice" unterstützen die zentral gesteuerten und automatischen Updates (analog WSUS) nicht. Auch die Konfiguration über GPO (Gruppenrichtlinien), die für das Administrieren der Software in einer grösseren Umgebung unabdingbar ist, funktioniert nicht oder nur teilweise.

Abschliessend ist zu sagen, dass aus sicherheitstechnischen und administrativen Gründen die Einführung von "OpenOffice" oder "LibreOffice" höchst ungünstig wäre. Es ergeben sich keine Einsparungen, sondern Mehrkosten.

Zu Frage 4

Alle Anbieter einer Gesamtlösung setzen analog VRSG ein Windows Betriebssystem voraus. Somit müsste die Gesamtlösung komplett neu programmiert werden. Die Stadt Dietikon hätte eine kostspielige Insellösung. Weiter müssten die bestehenden 110 Fachapplikationen grösstenteils ersetzt bzw. neu programmiert werden. Da einige Fachapplikationen sehr komplex sind, muss mit einem durchschnittlichen Preis von mindestens Fr. 10'000.00 pro Applikation und Programmierung gerechnet werden. Bei einer Einführung eines nicht Windows Betriebssystems würde die Stadt Dietikon keine Einsparungen realisieren können, sondern es wäre mit einem massiven Anstieg der Informatikkosten zu rechnen.

Zu Frage 5

Es gibt in der Schweiz keine Gemeinde- oder Stadtverwaltung, die Linux als Arbeitsplatz-Betriebssystem oder ein freies Office einsetzt. Daher sind die Auswahlmöglichkeiten von Fachapplikationen und Gesamtlösungen auf der Basis von Linux und/oder freier Office Anwendungen sozusagen inexistent. Um einen Umstieg zu realisieren, müssten viele Verwaltungen in der Schweiz geschlossen auf alle Microsoft Software verzichten. Nur dann wären die Softwarehersteller in der Schweiz gezwungen, auch alternative Software für Linux oder LibreOffice herzustellen.

Diskussion:

Ernst Joss (AL) erklärt, dass viel Geld für einen Quasi-Monopolisten ausgegeben wird, dabei gibt es günstigere Lösungen. Es ist offensichtlich, dass der Stadtrat einfach nicht will. So gibt es beispielsweise passende Mailprogramme oder automatische updates, dazu werden zum Teil falsche Aussagen gemacht. München hat auf Linux umgestellt, es ist also möglich. Bei der VRSG müsste man ansetzen, damit andere Lösungen möglich sind. Dann könnte man sicher viel Geld sparen. Der Fall ist für ihn damit nicht erledigt, bei der Beratung des Geschäftsberichtes können dazu ja auch Fragen

35. Sitzung vom 6. Dezember 2012

gestellt werden. Beim Budget wurde gesagt, dass man überall, wo es möglich ist, sparen soll. Hier wäre es möglich. Die Antwort ist alles andere als überzeugend.

Philipp Müller (FDP) erinnert an das Projekt insieme im eidgenössischen Finanzdepartement, wo 150 Mio. Franken in den Sand gesetzt wurden. Ein IT-Abenteuer in Dietikon wäre unverantwortlich. Der Interpellant spricht von Einsparungen, dies sind aber nur Behauptungen. Er selber würde nie einer ganzen Stadtverwaltung software aufdrängen wollen.

Anton Kiwic (SP) hat die Antwort mit wenig Lust gelesen, es steht nichts Neues. Der Stadtrat schreibt, dass es nichts Anderes gibt. Es gibt aber günstigere Lösungen, zum Beispiel von der Swisscom bei den Anschlüssen. Die VRSG hat quasi ein Monopol. Wenn die Gemeinden ausscheiden, wird sie auch anderes anbieten müssen; oder sie wird verschwinden. Dass es keine Alternativen zu Windows und Office gibt, ist schlichtweg Quatsch.

Thomas Wirth (EVP) erklärt, dass es sicher unterstützenswert ist, nach Einsparungen zu suchen. Es ist aber eine Tatsache, dass fast die ganze Welt mit Microsoft-Produkten arbeitet. Ein anderes Betriebssystem mag günstiger sein, dazu kommen aber noch weitere Kosten wie Installation, Betrieb, Schulung etc. Bei einem KMU mit wenigen Arbeitsplätzen ist ein Wechsel sicher möglich, im Fall Dietikon könnte ein solcher Versuch aber teuer zu stehen kommen.

Ernst Joss (AL) ergänzt, dass es in einem Fall offenbar nicht möglich war, eine sehr grosses Dokument zu reduzieren, um es per Email verschicken zu können. Da fragt er sich dann, ob diese Programme so viel besser sind.

L2.41.Oef. Öffentliche Anlagen und Spielplätze

Abfall von Take Away Fast Food im Zentrum von Dietikon

Bericht Postulat

Max Wiederkehr, Mitglied des Gemeinderates, und 22 Mitunterzeichnende haben am 10. Oktober 2011 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich bitte den Stadtrat mit den Take-Away Fast Food Verkaufsgeschäften im Zentrum von Dietikon Vereinbarungen zu erwirken, dass diese, im speziellen bis eine Stunde nach den Ladenöffnungszeiten, der von ihren Kunden achtlos weggeworfene Fast Food Verpackungs-Abfall einsammeln, so dass die Sauberkeit im Zentrum markant verbessert wird.

Begründung:

In der Umgebung des Bahnhofes ist Littering täglich sichtbar. Die Take-Away Shops am Bahnhofplatz verkaufen Tag und Nacht massenhaft Getränke und Esswaren, die dann in der Umgebung unter freiem Himmel vertilgt werden. Die Verpackungen aller Art werden weggeworfen, selbst wenn Abfallkübel in der Nähe aufgestellt sind. Ein elender Anblick und eine Schande. Es ist eine Illusion zu meinen, man könne die zahlreichen Jugendlichen umerziehen und damit das Problem lösen. Auch mehr Abfallkübel bringen wenig. Man spricht nicht von kleinen Gruppen. Es werden monatlich zur Nachtzeit weit über 100 Jugendliche hinter der Kirche von Sicherheitspersonal weggewiesen. Oft sind sie alkoholisiert und versäubern sich im Pfarrgarten und der Unterniveaugarage. Das ist nicht einfach ein privater Raum. Die Kirchgemeinde ist eine öffentlich rechtliche Gemeinde, ohne polizeiliche Gewalt.

Es ist an der Zeit, dass diejenigen Shops, die am weggeworfenen Abfall verdienen und damit gute Geschäfte machen, dazu angehalten werden, den Abfall selbst einzusammeln. Es wäre schon viel gewonnen, wenn an den Abenden von Freitag und Samstag die Geschäfte am Bahnhof mit einer

35. Sitzung vom 6. Dezember 2012

Vereinbarung zum Einsammeln der Abfälle in der weiteren Umgebung des Bahnhofplatzes inklusive Areal der Kirchgemeinde gewonnen werden könnten. Zu denken wäre auch an entsprechende Auflagen in der Betriebsbewilligung für Take-Away Shops. Die Geschäfte wären allenfalls zu verpflichten, sämtliche Verpackungsmaterialien, die über die Gasse verkauft werden, so zu kennzeichnen, dass die Verkaufsstelle zweifelsfrei ermittelt werden könnte. Das Einsammeln der Abfälle könnten alle drei Geschäfte am Bahnhofplatz, inkl. des im Bau befindlichen neuen Verkaufsgeschäfts im Bahnhofgebäude, gemeinsam organisieren. Damit würde der Aufwand vertretbar.

In der Stadtzürcher Polizeiverordnung ist neu enthalten, dass wer über die Gasse Essen verkauft, verpflichtet ist, den öffentlichen Grund rund um sein Lokal sauber zu halten. Ansonsten drohen eine Busse und eine Rechnung der städtischen Reinigungsdienste. Die Stadt Zürich hat bereits gute Erfahrungen gemacht und mit Geschäften Vereinbarungen treffen können, die den Abfall einsammeln.

Wer die Verursachung von Abfall begünstigt, soll sich an den Entsorgungskosten beteiligen."

Mitunterzeichnende:

Roger Bachmann	Ueli Bayer	Erich Burri	Rochus Burtscher
Otilie Dal Canton	Jörg Dätwyler	Markus Erni	Alfons Florian
Ralph Hofer	Werner Hogg	Ernst Joss	Werner Lips
Pius Meier	Cécile Mounoud	Lucas Neff	Gabriele Olivieri
Martin Romer	Samuel Spahn	Josef Wiederkehr	Irene Wiederkehr
Catalina Wolf-Miranda	Esther Wyss-Tödtli		

Der Gemeinderat hat das Postulat am 3. November 2011 an den Stadtrat überwiesen, der dazu wie folgt Stellung nimmt:

Gesetzliche Grundlagen

Weder auf eidgenössischer noch auf kantonaler Ebene bestehen gesetzliche Vorschriften, dass Verkaufsstellen von Unterwegsverpflegung in direkter Verantwortung stehen für den entstandenen Abfall. Entsprechende Regelungen finden sich teilweise in kommunalen Erlassen wie den Abfallverordnungen.

Direkte Verursacher sind diejenigen Personen, welche den Abfall wegwerfen, die aber praktisch kaum individuell zur Kostentragung herangezogen werden können. Im Rahmen eines Bundesgerichtsentscheids vom 21. Februar 2012 zu erhöhten Abfall-Grundgebühren für Betriebe der Unterwegsverpflegung in der Stadt Bern hat das Bundesgericht festgehalten, dass es nicht die Pflicht des Gemeinwesens sein kann, die Kosten der Litteringentsorgung über Steuereinnahmen zu decken. Diese Auslagen müssten vielmehr nach dem im Umweltschutzgesetz vorgeschriebenen Verursacherprinzip finanziert werden. Dazu könnten Betriebe anteilmässig belangt werden, wenn plausibel dargelegt sei, dass sie in besonderer Weise zur Entstehung des im öffentlichen Raum beseitigten Abfalls beitragen würden. Sofern eine ausreichende rechtliche Grundlage bestehe, könne dies etwa durch die Erhebung eines entsprechenden Zuschlags geschehen. Gelingt es nicht, die Reinigungskosten nach sachlich haltbaren Kriterien den privaten Grundeigentümern zuzuordnen, hat das Gemeinwesen als Eigentümer öffentlicher Strassen und Plätze die Kosten der Entsorgung zu tragen.

Aktion "Sauberes Dietikon"

Verkaufsstellen von Artikeln zur Unterwegsverpflegung haben somit eine indirekte Verantwortung. Zwar entscheidet jeder Kunde unbewusst oder bewusst selbst, ob er mit den gekauften Artikeln Littering betreibt oder nicht. Letztlich können die Anbieter mit der Art der abgegebenen Verpackung, mit geeigneter Entsorgungsinfrastruktur im und vor dem Geschäft, eigenen Reinigungsarbeiten und Kommunikationsmassnahmen das Verhalten ihrer Kundschaft mitbeeinflussen.

35. Sitzung vom 6. Dezember 2012

Mit dem 2006 vom Schweizerischen Städteverband publizierten "Verhaltenskodex für Verkaufsstellung von Unterwegsverpflegung und Event-Veranstalter" stand erstmals ein praxisnahes Instrument für Städte und Gemeinden zur Verfügung, welche die Kooperation mit den Verkaufsstellen verstärken und ein gemeinsames Ziel klar regeln wollte: eine saubere Umgebung.

Die damalige Gesundheitsabteilung hat bereits 2007 das Gespräch mit verschiedenen Dietiker Verkaufsstellen von Unterwegsverpflegung gesucht und im Februar 2008 im Sinne des Verhaltenskodex mit folgenden Betrieben eine Vereinbarung für ein sauberes Dietikon abgeschlossen:

- Coop Pronto Shop, Bahnhofplatz 11;
- Coop Zentrum, Florastrasse 22 und 24;
- Bahnreisezentrum SBB, Bahnhofplatz 5;
- Denner AG, Badenerstrasse 21;
- Coop Dietikon Brunau, Birmensdorferstrasse 9.

Die Migros Löwenzentrum beteiligte sich nicht. Sie teilte damals mit, dass sie sich der Problematik des Littering bewusst sei, aber im Augenblick intern mit der Genossenschaft daran sei, für sich einen einheitlichen Auftritt zu erarbeiten.

In den Vereinbarungen wurden die Leistungen des Betriebs und die der Stadt Dietikon festgehalten. Sie umfassen die Bereiche Infrastruktur, Reinigung und Entsorgung, Kommunikation sowie Abfallverminderung und -vermeidung. Diese Vereinbarungen bestehen heute noch.

Weitere Schritte

Die Sicherheits- und Gesundheitsabteilung ist im Kontakt mit den genannten fünf Betrieben, damit die getroffenen Vereinbarungen auch zukünftig eingehalten werden. Zudem wird sie diesen Herbst mit den neu entstandenen Betrieben im Zentrumsbereich und an weiteren neuralgischen Orten zusammentreffen und die Verantwortlichen dazu anhalten, für ihren Betrieb einen Verhaltenskodex mit der Stadt zu definieren, damit die Massnahmen gegen das Littering im öffentlichen Raum abgestimmt werden können.

In einem weiteren Schritt sollen im Sinne des erwähnten Bundesgerichtsurteils die gesetzlichen Grundlagen in der kommunalen Abfallverordnung geschaffen werden, damit für die Entsorgung von Verpackungen, die in öffentlichen Papierkörben und auf öffentlichem Grund entsorgt werden, vom Betrieb ein angemessener und auf sachlich haltbaren Kriterien basierender Zuschlag erhoben werden kann.

Zudem wird der Stadtrat noch in diesem Jahr über ein Pilotprojekt (Start anfangs 2013) befinden, was aufzeigen würde, wie interdisziplinäre Massnahmen in einer Kombination aus aufsuchender Sozialarbeit mit Ordnungsdienst (SIP) umgesetzt werden können. Diese Personen sollen auf Plätzen und in Parkanlagen für Sicherheit und Sauberkeit sorgen, intervenieren bei Störungen und Belästigungen, vermitteln, schlichten und auf Verhaltensregeln hinweisen sowie diese auch durchsetzen. So könnten Konflikte im öffentlichen Raum frühzeitig erkannt und vermindert werden.

Die Umsetzung des Abfalleimerkonzepts wird im Herbst 2012 abgeschlossen sein. Gleichzeitig mit den Installationen erfolgte eine Plakataktion, die gezielt auf die Benützung der Abfallbehälter hinwies. Die bisherigen Littering-Infokampagnen, wie auch die Hinweise bezüglich Hundekotaufnahmepflicht, werden weitergeführt.

Das zuständige Amt für Umwelt und Gesundheit wird auch zukünftig konsequent illegale und falsche Abfallentsorgungen zur Anzeige bringen. Im Rahmen des gemeinderechtlichen Ordnungsbussenverfahrens ist weiterhin auch die Stadtpolizei aktiv und stellt Bussen bei Littering aus.

Diskussion:

Max Wiederkehr (CVP) hat den umfangreichen Bericht mit Spannung gelesen. Auf den Bericht musste man beinahe ein Jahr warten; da fragt er sich, ob der Stadtrat sich erst wegen des Postulats Gedanken gemacht hat. Positiv ist, dass 2007 ein Verhaltenskodex mit Geschäften abgeschlossen wurde. Dies sollte aber auch mit den neuen Geschäften geschehen. Zu den Kampagnen hat er früher einmal per Brief angefragt, warum sie nur im Zentrum durchgeführt werden. Darauf wurde ihm mündlich geantwortet, dass dies später auch in Wohnquartieren geschehen soll. Wann ist aber später? In der Zwischenzeit wurden im Zentrum zwei weitere Kampagnen durchgeführt. In der Kleinen Anfrage bezüglich Litteringbussen wurde geantwortet, dass in 3 Monaten 64 Ordnungsbussen ausgestellt wurden, das macht also 0.7 Bussen pro Tag. Ihn ärgert die Trägheit des Stadtrates bei diesem Problem, vor allem bei den weiteren geplanten Schritten. Warum wurden diese nicht schon früher in Angriff genommen? Aus der Bevölkerung hört er zum Teil die Frage, warum im Gemeinderat immer wieder über das Gleiche geredet wird – weil noch nichts gelöst ist.

Martin Romer (FDP) erklärt, dass er vor rund zwei Jahren dem Postulanten mitgeteilt hat, dass dem Stadtrat das Problem bekannt sei und man ihn erst einmal arbeiten lassen muss. Heute muss er gestehen, dass er falsch lag. Offensichtlich muss man tatsächlich stetig Druck aufsetzen, damit die Angelegenheit vorangetrieben wird. Seit 2007 wird im Quartalstakt über Ordnung diskutiert. Es ist zum Beispiel schön, wenn mit Dietiker Firmen Vereinbarungen getroffen werden, nützt aber nichts, wenn diese nicht umgesetzt bzw. kontrolliert werden. Im Sinne des Bundesgerichtsurteils sollen nun die Grundlagen in der kommunalen Abfallverordnung geschaffen werden. Im Februar 2012 wurde das Urteil bekannt, heute ist der 6. Dezember. Wäre es der Sicherheits- und Gesundheitsabteilung wirklich ein Anliegen, hätte man heute schon Kenntnis von einem Verordnungsentwurf.

Vor über zwei Jahren hat er eine Motion zum Thema Ordnungsdienst vorbereitet, worauf ihm gesagt wurde, dass dies rechtlich nicht möglich wäre. Nun wird von einem Pilotprojekt Anfang 2013 gesprochen; es sind also wieder 3 Jahre ergebnislos verstrichen. Die FDP erwartet vom Stadtpräsidenten, dass er nötigenfalls dafür sorgt, dass die Gesundheits- und Sicherheitsabteilung endlich einen Gang höher schaltet.

Sven Koller (SP) erklärt, dass die SP das Postulat nicht unterschrieben hat, weil es nur gegen Jugendliche geht. Anstatt Vereinbarungen zu unterzeichnen, wäre es sinnvoller, gesetzliche Grundlagen zu schaffen. Die Aufsuchende Sozialarbeit mit der SIP zu kombinieren, ist gefährlich. Man könnte aber mit der Stadt Zürich reden, die schon Erfahrungen gesammelt hat.

S1.061. Einzelne Schulen, Fächer, Kurse und Lehrstellen

Informatik in der Schule

Interpellation

Esther Wyss-Tödtli, Mitglied des Gemeinderates, und 10 Mitunterzeichnende haben am 4. Oktober 2012 folgende Interpellation eingereicht:

"Die Informations- und Kommunikationstechniken greifen in alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft ein. Die Themen Informatik und Internet gewinnen daher auch für die Volksschule laufend an Aktualität. Für den Unterricht der Volksschule werden zunehmend Unterrichtsmittel geschaffen, für deren Einsatz Informationstechnologien vorausgesetzt werden. Deshalb ist es unerlässlich, dass die Schüler/Innen das notwendige Wissen während der Schulzeit erhalten.

Wir bitten den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch ist die Auslastung/Nutzung der Informatikinfrastruktur pro Schuleinheit und Schulstufe?

35. Sitzung vom 6. Dezember 2012

2. *Wie viele Stunden Informatikunterricht erhalten die Schüler/Innen pro Schulstufe?*
3. *Welches Grundlagenwissen (Office-Programme) erhalten die Schüler/Innen der Mittel- resp. der Oberstufe?*
4. *In welcher Schulstufe werden der Umgang und die Gefahren mit dem Internet den Schüler/Innen vermittelt?*

Mitunterzeichnende:

Werner Lips
Markus Erni
Roger Bachmann

Ralph Hofer
Trudy Frei
Jörg Dätwyler

Stephan Wittwer
Alfons Florian

Irene Wiederkehr
Rochus Burtscher

Begründung:

Esther Wyss-Tödtli (SVP) erklärt, dass die Themen Informatik und Internet auch an der Volksschule laufend an Aktualität gewinnen. Neue Medien eröffnen für den Unterricht vielfältige Möglichkeiten. Der Einsatz von Informatik im Unterricht unterstützt schülerzentrierte Lehr- und Lernformen. Gegenüber allen Kritikern, welche den Sprachverfall beklagen, ist festzuhalten, dass Lesen und Schreiben grundlegende Tätigkeiten sind, die zum Arbeiten mit Computern gehören. Wesentliche Stärken des Computers liegen auch beim kreativen Einsatz der Mittel für Vorträge. Nachdenklich stimmen Aussagen von Schülerinnen und Schülern, dass sie höchstens 1-2 Mal am Computer etwas selbstständig erstellen durften.

Sehr wichtig und kaum mehr wegzudenken sind die heutigen Möglichkeiten der Lernsoftware. Solche Programme finden ihren Einsatz in der Phase der Wiederholung, Vertiefung und Kontrolle des Lernstoffes. Die Gefahren des Internets sind ein weiteres wichtiges Thema, das im Rahmen des Unterrichts einen wichtigen Platz einnehmen sollte.

Die Dietiker Stimmbürger haben dem Konzept der OIZ Stadt Zürich und einem Kredit von über 2 Mio. Franken für die Infrastruktur sowie jährlich wiederkehrenden Kosten von Fr. 626'000.00 zugestimmt. Es ist unerlässlich, die Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Schule voranzutreiben. Die Fachstelle "Bildung und ICT" des Volksschulamtes steht als zentrale Anlaufstelle zur Verfügung und unterstützt die Gemeinden. Es ist zu hoffen, dass auch die Schule Dietikon dieses Angebot nutzt.

Ratspräsident Pius Meier stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr